

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886-846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Peter Conradi MdB zur Frage von Opponieren oder Mitregieren: Die Optionen nüchtern analysieren.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zur Deportation der 415 Palästinenser durch Tel Aviv: Wer es gut meint mit Israel darf nicht schweigen.

Seite 2

Gernot Eiler MdB zur Notwendigkeit, den funktionellen Sinn des Somalia-Engagements zu erfassen: "Restore Hope" und die verlogene Humanität.

Seite 4

Günther Schrempf MdL zum Erfordernis, die Bundesfinanzhilfen für die Kommunen zu erhöhen: Die Städtebauförderung erhalten!

Seite 6

48. Jahrgang / 9

14. Januar 1993

Die Optionen nüchtern analysieren Zur Frage von Opponieren oder Mitregieren

Von Peter Conradi MdB

Die Große Koalition:

"Wir werden sie bald haben,
der SPIEGEL wartet lange schon,
wir werden sie bald haben,
die Große Koalition:
mit Autotelefon
und Staatssekretärspension."

So sangen die "Wasserwerker" zum Auszug aus dem Intermisplensaal. "Nein, nehmt uns mit", protestierten die Liberalen. Die Christdemokraten sahen nachdenklich aus.

Faktisch haben wir sie schon, die Große Koalition: die Rentenreform, der Einheitsvertrag, das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren, die Gesundheitsreform, die Änderung des Asyl-Artikels im Grundgesetz, der Solidarpakt...

Die SPD ist durch ihre Mehrheit im Bundesrat zur Zusammenarbeit verurteilt, und das Gewicht der Probleme verbietet ihr ein Beiseitestehen. Eine Totalverweigerung im Sinne der "Sonthofen-Politik" des F. J. Strauß - es muß alles noch schlimmer werden - ist für eine staatstragende Partei wie die SPD undenkbar.

Außerdem macht Mitregieren mehr Spaß als Opponieren. Wenn wir schon nicht den Sozialminister stellen dürfen, dann wollen wir doch wenigstens die Einzelheiten der Renten- oder Gesundheitsreform mitbestimmen. Auf diese Weise erreichen wir mehr für unsere Wählerinnen und Wähler als durch harte Oppositionsarbeit. Nach zehn Jahren frustrierender Opposition braucht die SPD-Fraktion ab und an auch einmal einen Erfolg!

Der Unterschied zu einer echten Großen Koalition ist gering: Minister- und Staatssekretärsposten, Dienstwagen, Autotelefon und Pensionsansprüche. Wenn die tatsächliche Große Koalition kommt, wird sich nicht viel ändern. Vor allem in der Meinung des Volkes, das zunehmend den Unterschied zwischen den beiden großen Parteien aus den Augen verliert.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzblauer Druck
mit weissen Rückseiten
Recyclingpapier



Hier liegt eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie: An die Stelle des Wechsels zwischen parlamentarischer Mehrheit und Minderheit tritt der Einheitsbrei einer Großen Koalition. An die Stelle eindeutiger Verantwortlichkeit tritt ein undurchsichtiges Geflecht. Es ist wie in der EG: alles ist geregelt, aber niemand will dafür verantwortlich sein. Selbst erfahrene Journalisten blicken nicht mehr durch. Im Dunst der Stammtische gerinnt die Kritik zur gemeinsamen Wut auf "die da oben".

Die SPD verliert in der Zusammenarbeit mit der CDU/CSU ihr politisches Profil, ihre Identität. Das geht nicht nur ihre Wähler und Mitglieder an, das geht an die Substanz parlamentarischer Demokratie. Wen sollen die verärgerten Wählerinnen und Wähler künftig als Alternative wählen? Die kraftlose, korrupte FDP? Die von der Programm- zur Promi-Partei heruntergekommenen Grünen? Die Reps reiben sich hoffnungsfroh die Hände. Ihren ersten Wahlerfolg hatten sie bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1989, einer Wahl ohne Wahlkampf, ohne erkennbare programmatische Unterschiede der großen Parteien. Solches kann sich wiederholen.

Der Solidarpakt wird kein Zuckerlecken. Soll die SPD daran mitarbeiten? Es wird Einschnitte in das soziale Netz geben, und keine Schicht, auch nicht die von der Regierungskoalition bisher verschonten Selbständigen, Beamten und begüterten FDP-Wähler wird verschont bleiben. Zehn Jahre lang hat die Kohl-Lambsdorff-Koalition den Egoismus gepredigt. Solidarität ist in Deutschland ein Fremdwort geworden. Habsucht und Haß breiten sich aus. Nun treibt die Angst viele Wähler nicht zur SPD, sondern in die Arme derer, die nach dem Motto "die Ausländer sind an allem schuld" die Sündenböcke anbieten.

In dieser Situation bietet sich der Blick zurück zur großen Koalition 1966 bis 1969 an. Im Vergleich zu heute wirkt die damalige Haushaltskrise läppisch. Hingegen sind die Notstandsgesetze der Änderung des Asylartikels im Grundgesetz durchaus vergleichbar.

Die Große Koalition Kiesinger/Brandt brachte einiges zu Wege. Ihr Saldo war positiv. Die NPD blieb bei der Bundestagswahl 1969 knapp unter fünf Prozent der Wählerstimmen, sonst hätten SPD und FDP keine Koalition bilden können.

Die Aufgaben einer Großen Koalition 1993 bis 1994 wären schwieriger, die Zeitspanne bis zur nächsten Bundestagswahl ist kurz. Aber selbst, wenn die SPD im Bundestag einen härteren Kurs einschlägt und die informelle Große Koalition aufkündigt, könnte es bei der Bundestagswahl 1994 zu einem baden-württembergischen Wahlergebnis kommen: CDU und SPD zur Zusammenarbeit verurteilt, weil es keine andere rechnerische Möglichkeit im Parlament gibt. es ist zu befürchten, daß es in beiden Parteien Kräfte gibt, die ein solches Ergebnis wünschen. Regieren ist schöner als Opponieren, und Regieren ohne Opposition ist noch schöner!

Es wird Zeit für die SPD, ihre Lage zu erkennen und ihre Optionen nüchtern zu analysieren. Gelingt es ihr nicht, in der weiteren Arbeit ihr eigenes Profil so deutlich zu machen, daß die Wähler sie als Alternative zur Partei Kohl empfinden, dann gerät die parlamentarische Demokratie in Gefahr.

(-/14. Januar 1993/rs/ks)

Wer es gut meint mit Israel darf nicht schweigen Zur Deportation der 415 Palästinenser durch Tel Aviv

Von Horst Siefaff MdB

Die deutsche Geschichte verpflichtet uns im Verhältnis zu Israel - mehr als im Verhältnis zu anderen Staaten - zurückhaltend zu sein mit Forderungen und Anklagen an die Politik der Regierung. Schließlich waren es Deutsche, die das schrecklichste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit zu verantworten haben, indem sie einen beispiellosen Vernichtungskrieg gegen Menschen jüdischen

Glaubens führten. Dies kann aber nicht heißen, daß wir zu dem Unrecht, was durch Israel heute begangen wird, schweigen müssen. Gerade wer für die Rechte und den Bestand des Staates Israel eintritt, und sich schützend vor Menschen jüdischen Glaubens stellt, darf nicht schweigen, wenn fundamentale Menschenrechte verletzt werden.

Daß dies in Israel derzeit der Fall ist, kann niemand entgehen, der sich darum bemüht, ein objektives Bild der aktuellen Menschenrechtssituation in Israel zu gewinnen. Stellvertretend für viele andere seriöse Quellen sei hier nur auf die Berichte von amnesty international verwiesen, die von ständigen Verletzungen der Menschenrechte durch die israelische Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza-Streifen sprechen. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle einen besonders krassen Fall noch einmal aufgreifen, der zwar nicht mehr "brandneu" ist, jedoch auf dem besten Weg ist, zum Testfall sowohl für die Einhaltung der Menschenrechte durch den israelischen Staat als auch für den nächstlichen Friedensprozeß insgesamt zu werden.

Mehr als drei Wochen ist es nun schon her, daß die israelische Regierung über 400 Palästinenser, denen vorgeworfen wird, Mitglieder der islamisch-fundamentalistischen Hamas-Bewegung zu sein, in den Südlibanon deportieren ließ. Da der libanesisische Staat die Deportierten nicht aufnehmen will, und sowohl Libanon als auch Israel sich weigern, humanitäre Hilfe in ausreichendem Umfang zuzulassen, befinden sich die Palästinenser in einer zusehends schwierigeren Lage.

So scheint zwar die Lebensmittelversorgung derzeit durch die Bewohner der umliegenden Dörfer beziehungsweise wie zu vernehmen ist mittelbar durch die schiitische Hizbollah sichergestellt zu sein, doch fehlt es an ausreichender medizinischer Versorgung. Hinzu kommt, daß durch die winterlichen Witterungsbedingungen und die Unterbringung in Zeiten von einer menschenwürdigen Unterbringung nicht gesprochen werden kann.

Das Lager der Deportierten befindet sich im Niemandsland zwischen der von Israel beanspruchten und durch die von Israel unterstützte Südlibanesisische Armee SLA kontrollierten "Sicherheitszone" und dem von der libanesischen Regierung kontrollierten restlichen Libanon. Beide Seiten weigern sich die Deportierten aufzunehmen.

Diese Deportation stellt in meinen Augen eine Willkürmaßnahme dar, die den Prinzipien eines Rechtsstaates wie auch der Menschenrechte fundamental widerspricht. Sie ist eine Kollektivstrafe, die ohne konkrete Anklagen und damit auch ohne alle Grundbestandteile eines fairen Verfahrens zustande gekommen ist. Ausschlaggebend war lediglich die vermutete Zugehörigkeit zur Hamas-Bewegung, die sich kurz zuvor zur Entführung und Ermordung eines israelischen Grenzpolizisten bekannt hatte. Keiner der Männer stand aber in hinreichendem Tatverdacht, was allein schon daraus hervorgeht, daß keine entsprechende Anklage erfolgte. Die Deportation scheint mir einem überkommenen und undemokratischen Rachedenken entsprungen zu sein.

Im übrigen hat gerade die Deportation dazu beigetragen, daß der eben erst mühsam in Gang gekommene israelisch-arabische Friedensprozeß in Stocken geraten ist beziehungsweise grundsätzlich gefährdet erscheint.

Ich fordere deshalb die israelische Regierung auf, die Deportierten wieder nach Israel einreisen zu lassen. Sofern zur Anklageerhebung ausreichend Verdachtsmomente vorhanden sind, sollte in konkreten Einzelfällen Verfahren eingeleitet werden, die der israelischen Demokratie würdig sind.

Bei allem Verständnis dafür, daß sich Teile der israelischen Öffentlichkeit wie auch der Politik Behörungen aus Deutschland in Menschenrechtsfragen verbitten, kann dies nicht zur Folge haben, daß deutsche Parlamentarier zu solchen Themen schweigen. Vielmehr ist es gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wichtig, Menschenrechtsverletzungen stets und in jedem Fall als solche zu bezeichnen, auch wenn diese von einem befreundeten Staat zu verantworten sind. Ich halte es außerdem für wichtig, daß sich auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, für dieses Anliegen einsetzt, und werde mich deswegen diesbezüglich an ihn wenden.

(-/14. Januar 1993/rs/fr)

"Restore Hope" und die verlogene Humanität

Zur Notwendigkeit, den funktionellen Sinn des Somalia-Engagements zu erfassen

Von Gernot Erier MdB

Alte und neue Märchen beziehen ihren therapeutischen Wert aus ihrer Realitätsferne: Die Welt ist schön geordnet, hier die Helden, da die Bösewichter, und am Ende des obligaten Kampfes obsiegt das Gute. Die Geschichte ist reich an Versuchen, reale Macht- und Interessenkämpfe den Menschen in Märchenform anzubieten. Immer geht es dabei um die Legitimation und Verschleierung von Gewaltanwendung. Wenn nur das Gute siegt, steigt Weihrauch statt Pulverdampf aus den feuernden Gewehrläufen. Der letzte Großversuch dieser Art war der Golfkrieg, mit dem kleinen Schönheitsfehler, daß die Personifizierung des Bösen namens Saddam Hussein nicht vernichtet wurde, sondern bis heute gelegentlich sogar frech wird gegen seine Besieger.

Der gute Held dieser Story, George Bush, hatte im März 1991 etwas voreilig das Märchen zum politischen Weltprinzip ("Neue Weltordnung") ausgerufen. Aber die Verhältnisse, sie sind nicht so. Sie erweisen sich als märchenresistent. In vielen blutigen Konflikten des Heute versagt die Unterscheidung in Gut und Böse. Von Berg-Karabach bis Bosnien verlaufen sie in diffusen Gewaltprozessen, in die von außen einzugreifen risikoreich erscheint. Aber ohne Happy-end kein Märchen, und deswegen blieb die Suche nach einer zweiten Geschichte der "Neuen Weltordnung" einige Zeit erfolglos. Bis sich Somalia anbot.

Die mediale Vorbereitung des erneuten Kreuzzugs des Guten war perfekt. Monatelang schaute ein schreckerstartetes Fernsehpublikum Abend für Abend in die Augen verhungerner somalischer Kinder. Hier, und nur hier, schien sich die "Tragödie an sich" abzuspielen. Andere Schauplätze von Hunger und Elend auf dieser Welt - es herrscht kein Mangel an ihnen - hatten keine Chance mehr. Das Szenario variiert leicht: Es gibt keine Personifizierung des Bösen, dafür, märchenbunt genug, schwarze Räuberbanden in anarchischem Umfeld, an dessen Strand die schwerbewaffnete weiße Ordnungsmacht schließlich landete. Daß sie dabei mehr vom Blitzlicht der Weltpresse als vom Gegner aufgehalten wurde, brachte ungewollt einen operettenhaften Zug in die Geschichte. Jetzt entfaltet sich modernste Kriegstechnik gegen marodierende Jugendbanden. Das Ziel freilich, der Hilfe gegen das Massensterben eine Bresche zu schlagen, ist so erhaben, daß das Grotteske dieser Situation nirgends benannt wird.

Ja, die Situation ist wirklich grotesk. Denn Somalia ist ein Spätopfer des Kalten Krieges. Vollgestopft mit Waffen aus Ost und West (allein aus dieser Richtung kam Gerät im Wert von mehr als 20 Milliarden Dollar), wurden die Eliten des Landes erst korrumpiert, dann in eine Scheinexistenz im Rahmen des Ost-West-Konflikts geboxt und ihrer natürlichen Fürsorgefähigkeiten für ihr eigenes Land beraubt - und dann fallengelassen. Der weiße Mann, der, als Retter verkleidet, sein Antlitz beim Sturm auf die Strände mit Kohle unkenntlich macht, hat allen Grund dafür: denn er, also wir, sind allein schuld an der "Tragödie", die in Wirklichkeit die Folge unserer Verbrechen ist.

In Begriffen des Geschäftslebens geschieht Unerhörtes: Die amerikanischen GIs sammeln die Waffen wieder ein, die unsere Regierungen einst geliefert haben. "Geschenkt und wiederholen ist gestohlen" könnten die Somalis rufen, aber kein Richter hört sie. Denn wie Watte verstopft das Vokabular des Humanitären jeden Blick, jedes Nachdenken über das Woher und Wohin dieses Prozesses. Die Genugtuung, daß jetzt Hilfslieferungen wieder verlässlicher an ihre Empfänger gelangen, verdrängt die Inhumanität der von uns verantworteten Systematik, die die stolzen Stämme der Somalis zu apathischen Almosenempfängern degradiert hat. Und hinterher werden wir noch Dankbarkeit einklagen.

Wir, das heißt auch wir Deutschen. Denn die Bundesregierung ist entschlossen wie nie, mit dem Büchsenöffner Somalia endlich das Korsett der Selbstbescheidung aufzubrechen, das bisher dem Einsatz deutscher Streitkräfte "in der Welt" enge Grenzen setzt. Zu verlockend ist es, sich in die 30 Staaten einzureihen, die bei der Wiederherstellung von Hoffnung am Horn von Afrika dabeisein wollen, und beiläufig noch Sieger in einem innenpolitischen Scharmützel zu werden. Die Humanität ist dabei nur eine Tarnkappe.

Diesen tatsächlich harten Vorwurf kann ich belegen. Als im Dezember 1990 in einem anderen afrikanischen Land, in Liberia, wegen eines Bürgerkrieges tiefste Not ausbrach, forderte ich in einem Schreiben an den damaligen Verteidigungsminister Dr. Stoltenberg die Bundesregierung auf, Bundeswehr-Hilfsflüge mit Nahrungsmitteln und Medikamenten nach Liberia zu organisieren. Erst auf mehrfache Nachfrage erhielt ich am 12.2.1991 eine Antwort, in der es hieß: "Bedingt durch die hohe Beanspruchung der Lufttransportkräfte im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg kann eine konkrete Aussage zu einem Flugzeugeinsatz nach Liberia nicht getroffen werden." Schon damals war also der Bundesregierung die logistische Hilfe für die Golfkriegs-Allianz wichtiger als Hilfe für Verhungernde.

Am 5.3.1991 habe ich dann den Verteidigungsminister aufgefordert, wegen der Hungersnot infolge des Bürgerkriegs in Somalia schnellstens Versorgungsflüge nach Berbera und Djibuti zu veranlassen. Die Antwort, die diesmal schon nach fünf Wochen kam, verwies darauf, daß das Auswärtige Amt dafür Mittel zur Verfügung stellen müsse. Die Bitte wurde aber abgelehnt: "Für Somalia wird zwar ein dringendes Bundesinteresse gesehen, jedoch könnten vom Auswärtigen Amt nach Abwägung der gesamten Anforderungen keine Mittel zur Verfügung gestellt werden."

Das ist die Situation in unserem Land: Humanitäre Hilfe für Liberia und Somalia zu einem Zeitpunkt, als dort die Notlagen ersichtlich wurden, lehnte die Bundesregierung aus anderer Prioritätensetzung ab. Offenbar bringt einfache Hilfe, wenn sie gebraucht wird, nicht das gewünschte internationale Prestige. Beim Golfkrieg aber, für den wir 18 Mrd. DM hingeblättert haben, spielte Geld keine Rolle. Und so ist es auch bei der deutschen Militärbeteiligung an "Restore Hope", die jetzt vorbereitet wird: Plötzlich stellen Quartalskosten von 50 Mio DM für bis zu 1.500 deutsche Soldaten im somalischen Einsatz kein Hindernis mehr dar.

Hinter dem Paravent des humanitären Aushängeschildes läuft ein ganz anderes Spiel. Die deutsche Öffentlichkeit, immer noch äußerst skeptisch gegen den weltweiten Einsatz deutscher Streitkräfte in Kampfeinsätzen für den Frieden, soll endlich begreifen: Die Schranken müssen weg! Richtige Außenpolitik fängt erst da an, wo Soldaten marschieren - aber solche mit Schießbefehl, nicht nur blaubehelmete Peacekeeper! Die schwarz-rot-goldene Fahne soll endlich auch dort wehen, wo im Scheinwerferlicht der Weltmächte echtes Heldentum geboren wird, und dafür - die Regierungskoalition hat sich gerade darauf verständigt - muß unsere Verfassung endlich zurechtgebogen werden. Somalia ist so verlockend, weil es als Beweismittel fungiert: Versagen des Blauhelm-Konzeptes, Triumph der massiven Militär-Intervention. Da kann sich Deutschland nicht länger ausschließen.

Der Beweis ist mehr als dünn. Versagt haben in Somalia tatsächlich die Mittel der Vereinten Nationen. Mit 500 schlecht ausgerüsteten pakistanischen Blauhelmen konnte die Verteilung der Hilfsgüter nicht sichergestellt werden. Das Prinzip der Zustimmung der Konfliktparteien mußte auflaufen, wenn sich jegliche staatliche Organisation in rivalisierende Banden auflöst. Wären rechtzeitig ausreichende und gut vorbereitete peace-keeping forces in Somalia zum Einsatz gekommen - und in den Resolutionen des Sicherheitsrates finden sich dazu Ansätze -, wäre die massive militärische Intervention vermeidbar gewesen. Es bestand aber kein Interesse, diesen Weg zu gehen, vor allem nicht in Washington.

Noch läßt sich nicht absehen, welche Folgebelastungen "Restore Hope" auslösen wird. Es kann sein, daß der Übergang zu UNISOM 2 bereits wieder die Rückkehr zu Prinzipien friedenserhaltender Maßnahmen mit sich bringt. Dann werden die Scheinwerfer wieder erlöschen, und es wird der Alltag der anonymen Blauhelme beginnen. Er ist nicht weniger heldenhaft als der Einsatz der jetzt operierenden Kampftruppen, aber das wird kaum jemanden interessieren. Die Aufmerksamkeit wird sich dann sowieso wieder einem neuen "Schauplatz" zuwenden. Auch in Sachen Humanität hat sich die Wegwerfgesellschaft durchgesetzt.

Dann hat der Fall Somalia aber vielleicht in Deutschland bereits eine verhängnisvolle Veränderung ausgelöst: als scheinbares Beweismittel in der Hand derer, die von Tragödie sprechen, aber deutsche Beteiligung an verhängnisvollen und unverantwortlichen Methoden, künftig diese Welt in Ordnung zu halten, meinen. Wir dürfen uns nicht blenden lassen von einer Humanität, die täglich beweist, daß sie Instrument ist.

(-/14. Januar 1993/rs/ks)

Die Städtebauförderung erhalten!

Zum Erfordernis, die Bundesfinanzhilfen für die Kommunen zu erhöhen

Von Günther Schrepp MdL

**Wohnungspolitischer Sprecher im Landtag von Baden-Württemberg
und Stellvertreter der Vorsitzenden der SPD-Fraktion**

Der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen in Bonn befaßte Beschluß, die Bundeshilfen für die Städtebauförderung ab 1993 für die alten Bundesländer zu streichen, ist nicht akzeptabel.

Ich habe Verständnis dafür, daß dieser Beschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei den Kommunen zur großen Empörung geführt hat. Wir fordern die baden-württembergische Landesregierung deshalb auf, im Bundesrat dahingehend initiativ zu werden, daß die Städtebauförderung auch in Zukunft beibehalten wird. Statt einer Streichung der Mittel ist im Gegenteil eine Erhöhung dieser Bundesfinanzhilfen dringend erforderlich.

Im Entwurf zum Bundeshaushalt ist für das Jahr 1993 insgesamt ein Betrag von einer Milliarden Mark für die Städtebauförderung vorgesehen gewesen, davon 388 Millionen Mark für die alten Bundesländer. Dieser Betrag ist in den letzten drei Jahren bereits um sechzig Prozent gekürzt worden, was dazu geführt hat, daß viele notwendigen Projekte in westdeutschen Ländern gestoppt wurden. Seit zwei Jahren bereits keine neuen Maßnahmen in die Förderprogramme aufgenommen worden. Laufende Baumaßnahmen sind bisher schon durch die Kürzung der Bundeszuschüsse gestreckt worden.

Viele Kommunen, die sich auf die Förderung des Städtebaus verlassen hatten, sind zu Recht der Auffassung, daß der Rückzug des Bundes aus dieser Förderung dem Grundsatz von Treu und Glauben widerspricht. Für die Stadt Freiburg bedeutet der Ausfall des Bundesanteils von insgesamt 4,7 Millionen Mark an der für 1993 beantragten Ausbaufinanzierung von Sanierungsvorhaben, daß diese nicht finanziert werden können. Insgesamt lägen der Stadt Freiburg Zusagen in Höhe von 9,41 Millionen Mark vor, die nun gefährdet sind. Nach einer ersten Erhebung des Städtetages wurden erhebliche Einnahmeausfälle für die Jahre 1993 und 1994 auch bei der Stadt Stuttgart mit 17 Millionen DM, Mannheim mit 15 Millionen DM, Pforzheim mit drei Millionen, Karlsruhe mit 7,5 Millionen und Esslingen mit 4,9 Millionen DM entstehen. Hierfür muß berücksichtigt werden, daß für jede Mark aus Mitteln der Stadterneuerung privatwirtschaftliche Ausgaben in Höhe von sieben DM bis acht DM in Gang gesetzt werden. Es muß daher befürchtet werden, daß diese Ausfälle die beginnende Rezession verstärken werden.

Die Sanierung städtischer Innenbereiche, die Verbesserung der Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre, die Gewinnung ökologischer Ausgleichsflächen und viele andere notwendige städtebauliche Maßnahmen sind auch in den kommenden Jahren unabdingbar. Zudem sind dringende finanzielle Hilfen erforderlich für die Nachverdichtung von bestehenden Wohnquartieren, die Ausbreitung von Brachflächen und ehemaligen militärischen Flächen. Unter diesen Gesichtspunkten ist es völlig unverständlich, daß CDU/CSU und FDP im Bundestag Städtebauförderung schlichtweg beerdigt haben, ohne die Belange der Kommunen zu würdigen.

In einem parlamentarischen Antrag wird die Landesregierung gebeten, Auskunft über die Auswirkungen des Streichens der Städtebaufördermittel für das Land Baden-Württemberg zu geben und darzustellen, welcher Investitionsbedarf im Bereich der Städtebauförderung in den kommenden Jahren tatsächlich besteht. Bereits heute ist allerdings absehbar, daß der Beschluß des Bundestags, die Städtebaufördermittel zu streichen, dazu führen wird, daß zahlreiche bereits angefangene Projekte nicht mehr errichtet werden können. Außerdem könnten auch geplante Neubauten nicht mehr verwirklicht werden. Damit ist klar, daß insbesondere die Städte von den möglichen Mittelkürzungen betroffen sein werden. Es sind dann vor allem die Sanierungs- und Entwicklungsprogramme gefährdet. Die Aussetzung der Städtebauförderung im Januar 1993 hätte weitreichende Konsequenzen für die Wirtschaft im Land, gerade aber in den jeweils betroffenen Städten, da das Land die ausfallenden Gelder wohl kaum auffangen kann.

(/14. Januar 1993/rs/ks)